

# Wossische



# Zeitung

Begründet

1704.

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen.

Die Wossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Beilagen und Seitenrubriken: Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr (täglich), Sport-Nachrichten (Montags früh), Literarische Umschau, Für Reise und Wanderung, Gross-Berlin, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Aus der Fremdwelt. In Abnahme bei allen Postanstalten Deutschlands, Oesterreich-Ungarns etc. (Post-Zustellpreisl. S. 222), für Gross-Berlin bei allen Zeitungs-Expeditoren sowie in der Haupt-Expedition und in den nebenstehend aufgeführten Filialen.

Bezugspreis: für Gross-Berlin durch die Zeitungs-Expeditoren monatlich 2 M. 70 Pf. bei täglich zweimaliger freier Zustellung, durch die Post monatlich 2 M. 50 Pf. oder vierteljährlich 7 M. 50 Pf. ausserhalb Bestelldauer. Anzeigenpreis pro Zeile: Für die Morgenausgabe 50 Pf., Stellengesuche sowie amtliche Anzeigen staatlicher Behörden 40 Pf., Montagsausgabe und für Reise und Wanderung 60 Pf., Abendausgabe 70 Pf., im übrigen Berechnung nach Schriftarten laut Tarif. — Haupt-Expedition: C. 2. Breite Str. 8/9. Filial-Expeditionen: W. 9. Potsdamer Str. 134., W. 60. Tauentzienstr. 7., W. 62. Luthenstr. 21., S. 14. Neue Robstr. 18., O. 27. Holzmarktstr. 13. Telephon-Anschlüsse: (Telephon-Zentrale im Hause) Amt Zentrum 1265., 1548., 7462., 7990. für Ferngespräche Amt Zentrum 10640., 10641.

Zu Verlage Wossischer Erben.

Haupt-Geschäftsstelle Breite Straße 8/9., Berlin C.

Verantwortl. Redakteur (mit Ausnahme des Sonntags) Hermann Bachmann in Berlin.

## Die Bewegungsfreiheit der Stadt Berlin.

„Es ist gewiss nicht zu viel gesagt, daß seitens des Staates eine lebhaftere Reizung, die Bewegungsfreiheit der Stadt Berlin zu fördern, neuerdings nicht merkbar zutage getreten ist.“ So sprach am letzten Donnerstag Oberbürgermeister Wermuth in der Stadtvorordnetenversammlung. In der Tat, nicht zu viel gesagt. Daß der Magistrat die Volkshauspolitik, die Wohnungspolitik nicht erfüllt, wird nicht mehr wundert werden; aber daß er auf seine Eingaben seit Monaten lang ohne Antwort bleibt, ist immerhin bemerkenswert, zumal wenn man sich erinnert, wie die Regierung bei den Verhandlungen über das Tempelhofer Feld von demselben Magistrat eine so schlüssige Entschädigung beforderte, daß sie nicht einmal die wenigen Tage bis zum Ablauf der Stadtvorordnetenferien warten wollte. Beifällig — Tempelhofer Feld! Lieft man den neuesten Entwurf eines preussischen Wohnungsgesetzes und insbesondere seine Begründung, so hat man den Eindruck, der Verfasser habe eine Satire auf die Regierung schreiben wollen! Was steht da nicht alles von Terrainverwertung und Bodenverwertung und Mangel an Plätze für Kleinwohnungen und Schädlichkeit hochgehobener Häuser mit Durchgebäuden: die schönste Theorie. Als aber Berlin das Gelände kaufen wollte, um allen Forderungen modernen Städtebaues, sozialen, hygienischen, künstlerischen, in müsterhafter Weise nachzukommen, da sagte die Regierung nein und dreimal nein, trieb Spekulation, verteuerte Grund und Boden, nötigte zum Bau von Mietkellern, gegen die der Entwurf jetzt so weidlich eifert: das war die Praxis. Daß dieser Entwurf auch die Selbstverwaltung in weitem Maße beschränkt, bedarf bei dem Geiste, der die herrschenden Kreise erfüllt, kaum der besondern Erwähnung.

Als Oberbürgermeister Wermuth seine Betrachtung über das Verhältnis des Staates zur Stadt anstellte, hatte er vielleicht seine Ahnung, wie schnell sie durch die Ereignisse eine neue Bestätigung finden würde. Was ist natürlicher, als daß Berlin die benachbarte Gemeinde Treptow seinem Weidwille einverleibe? Treptow umfaßt 774 Hektar; davon sind 201 Hektar Park — im Besitz der Stadt Berlin. Die übrigen 573 Hektar, davon 202 — im Besitz der Stadt Berlin. Die gesamte Boden- und Wohnungspolitik beider Gemeinden wird, wie es in der gestrigen Mitteilung des Nachrichtenamtes zutreffend heißt, vom Verhältnis zwischen Berlin und Treptow entscheidend beeinflusst. Auch für ihre Finanzen ist es von Bedeutung und nicht minder für die wirtschaftliche Entwicklung einer ausstichvollen Gegend. Wenn früher von der Eingemeindung die Rede war, begegnete der Magistrat an staatlichen Stellen einem Aufgehören. Was kann die Regierung tun, solange Treptow nicht will? Wenn er mit Treptow verhandeln wollte — ein Aufgehören. Was können wir tun, da uns Verhandlungen über die Eingemeindung verboten sind? Endlich sollte ein solches Verbot nicht bestehen; endlich wurden Beratungen geschlossen; endlich erteilte die Treptower Gemeinde ihre grundsätzliche Zustimmung zur Eingemeindung, und die Durchführung des Planes, die Auseinanderlegung mit dem Kreis und der Provinz konnte beginnen. Das heißt, sie konnte nicht beginnen. Es begann vielmehr ein heftiger Kampf gegen die meindevertreter, unter Vortritt des Kreisrates des Teltower Landrats, das eine Sprache führte, wie man sie in amtlichen Organen nicht häufig gehört hat. Dann kam der Landrat selbst mit einer Erklärung, daß der Kreisaustrich einstimmig die Vereinigung Treptows mit Berlin ablehne. Und dann schlugen die Oberen in dieselbe Kerbe. Und dann, als der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt um eine Unterredung mit dem Landrat und dem Landesdirektor nachsuchte, erhielt er — unglücklich, aber wahr — einen abschlägigen Bescheid. Der Landrat weigert sich, mit dem Oberbürgermeister auch nur die Gründe für die Eingemeindung zu erörtern. Wechselt weigert er sich? Darauf hat der Minister des Innern gestern in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses eine Antwort gegeben, die keine Antwort ist: er habe sich bei der Fassung des Kreisaustriches, dessen Vorliegender er ist, zu einer mündlichen Auseinandersetzung nicht berechtigt geglaubt. Aber der Landrat ist nicht nur Vorliegender des Kreisaustriches, sondern auch Untergeordneter des Ministers des Innern. Und Herr v. Dallwitz hat nicht unterzögelt, Herr v. Albenbach angewiesen, dem Gesuch des Oberbürgermeisters Wermuth nachzukommen und sich wegen der ursprünglichen Ablehnung gebührend zu entschuldigen?

Die größte Gemeinde des Vaterlandes ist mit einer ansehnlichen Nachbargemeinde über eine wichtige Frage ihrer Zukunft im Prinzip einig. Die Bürgerchaft haben wie beiden wünscht die Eingemeindung; die Gemeindevertretung hat sie mit der großen Mehrheit von 19 gegen 3 Stimmen beschlossen. Berlin ist selbstverständlich bereit, bei der Auseinandersetzung mit dem Kreis und der Provinz allen begründeten Ansprüchen gerecht zu werden. Aber beim ersten Versuch, zu verhandeln, zeigt sich nur zu klar, was man von dem oft bei festlichen Gelegenheiten gelungnen Lob auf die Selbstverwal-

tung zu halten hat. Hat Oberbürgermeister Wermuth zuviel gesagt, daß eine lebhaftere Reizung, die Bewegungsfreiheit der Stadt Berlin zu fördern, neuerdings nicht merkbar zutage getreten ist? Und wenn er einen Stillstand im kommunalen Leben befürchtet, auch von der Verschärfung der Ansicht, man müsse zunächst die Entwicklung des Zweidrittelbandes abwarten, geben ihm die Tatsachen nicht recht, da auch gegen die Vereinigung Treptows mit Berlin bereits der Scheinring geltend gemacht wird, es sei keine Zeit für Eingemeindungen, dem Zweidrittelband gehöre die Zukunft? Hier wie in manchen andern Dingen wird der Zweidrittelband gegen die Selbstverwaltung ausgespielt, soll er dazu dienen, sie mair zu fesseln.

Das im Kreise Teltow Gründe gegen die Eingemeindung häufig sind wie Brombeeren, ließ sich erwarten. Da wird behauptet, der Kreis verliere, wenn Treptow aussteige, seine Leistungsfähigkeit. Es mag wohl sein, daß es im Kreise keinen zweiten Part wie den Treptower gibt, der der gesamten Bevölkerung zugute kommt, ohne daß der Kreis dazu irgendwelche Zuhilfe leistet. Aber der Park, der Berlin gehört, wird der Bevölkerung des Kreises offenstehen, auch wenn Treptow zu Berlin gehört. Freilich, bei einem Gang durch die Villenstraße kann man verstehen, wie die denachbarten Grundstücke in dieser Gartenstadt im Preise steigen. Aber wenn der Kreis aussteigt eine ähnliche Entwicklung für die nächsten Jahrzehnte voraussetze und sei es hemmen, sei es für seine Finanzen ausbilden wollte, so wäre das so etwas wie agrarische Raubritzt.

Der Kreis Teltow ist so stark bevölkert, daß seine Verleinerung zum Besten der Verwaltung nur zu wünschen wäre. Er zählte im Rechnungsjahre 1908 — spätere Zahlen liegen uns nicht vollständig vor — 355 499 Einwohner, während kein anderer Kreis der Provinz Brandenburg, mit Ausnahme Niederbarnims, das gleichfalls ein Montretreist ist, auch nur 100 000 Einwohner umfaßte. Die Steuerkraft des Kreises übersteigt die aller übrigen bei weitem, sein Vermögen bei weitem seine Schulden. Wechselt sollte der Kreis nicht groß genug bleiben, wenn er 40 000 Einwohner an Berlin abgibt, und weshalb nicht leistungsfähig genug, da doch sein finanzieller Verlust abgegolten wird?

Aber, kommt überhaupt bei der Entscheidung das Interesse des Kreises maßgebend in Betracht, hat es den Vorrang vor dem Interesse Berlins und Treptows? Daß einzelne Personen aus gesellschaftlichen Rücksichten die Eingemeindung zu hintertrieben suchen, wäre begreiflich; daß der Staat lediglich aus einseitigen Kreisinteressen sie hindern sollte, wäre unbegreiflich, wäre ein Hohn auf die Selbstverwaltung, wäre eine schäferliche Beornbarung, wie sie allen Ideen der Staatsmänner, die vor hundert Jahren Preussens Niedergeburt bewirkten, schmerzhaft zuwidersteht. Was verlangen sie? Bewegungsfreiheit für die Bürgerchaft, wie Oberbürgermeister Wermuth sie verlangt. Denn also schrieb Stein an Hardenberg:

„Ich glaube, daß es wichtig ist, die Gesetz zu brechen, wodurch die Bureaukratie den Ausübung der menschlichen Fähigkeiten hindert... Die Nation muß daran geübt werden, ihre eigenen Geschäfte zu verwalten und aus diesem Zustand der Kindheit herauszutreten, worin eine immer unruhige, immer dienstfertige Regierung die Menschen halten möchte.“

## Die bayrischen Bischöfe gegen die Feuerbestattung.

München, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Der gesamte Episkopat in Bayern hat einen gemeinsamen Hirtenbrief gegen die Feuerbestattung erlassen. Es wird darin hingewiesen auf die alte jüdische und christliche Sitte der Erdbestattung und schließlich auf die Schriftworte: „Es wird die Stunde kommen, wo alle, die in Gräbern wohnen, die Stimme Gottes hören.“ Daraus wird gefolgert, daß alle, die für die Feuerbestattung eintreten, sich an einem Worte des Herrn vergreifen. Die kirchlichen Strafbestimmungen gegen die, die für die Feuerbestattung anordnen, werden neuerdings eingehängt und die Verweigerung der Erdbestattung wird neuerdings auch angehängt. Der Hirtenbrief schließt: „Wer mitwirkt an der Verweigerung unserer Friedhöfe, wer die Hand dazu bietet, daß aus unseren Gottesädem Verdrämmungsanstalten werden, den trifft der furchtbare Vorwurf, daß er im Bunde mit denen stehe, die sich verschworen haben, den Glauben an ein ewiges Jenseits in den Bergen zu vernichten.“

So erhebt dieser Hirtenbrief gegen das Ministerium des Innern und somit gegen die bayerische Regierung, aber auch gegen die Regierungen aller übrigen Länder, in denen die Feuerbestattung gesetzlich erlaubt ist, den schweren Vorwurf der Bekämpfung des christlichen Glaubens. Daß dieser Vorwurf der Bischöfe gerade jetzt das kirchliche Ministerium Herling-Erdos zuerst in Bayern treffen muß, ist einer der besten Treppentritte der Weltgeschichte.

Uedrigens ist noch diesem Hirtenbriefe kein Zweifel mehr, daß das bayerische Zentrum im Landtage, wie bereits angedeutet, den Versuch machen wird, die bestehenden Gesetze dahin abzuändern, daß die Feuerbestattung in Bayern wieder verboten wird.

## Die Antwortnote der Pforte.

Reine Aufgabe Adrianopels.

Konstantinopel, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Die Ihr Berichterstatter aus Konstantinopel erzählt, wie die Antwortnote der Pforte an die Großmächte ausgesprochen, daß die von den türkischen Unterhändlern in London gemachten Zugeständnisse aufrechterhalten werden, daß aber neue nicht gemacht werden könnten. Das Komitee für Einbein und Fortschritt hat beifolgende, für den Fall der Ablehnung dieser Antwortnote durch die Westmächte in eine Autonomie Adrianopels einzuwilligen, zugleich aber zu erklären, daß seine Insel abgetreten würde. Sollte auch dieses letzte Angebot in betreff Adrianopels abgelehnt werden, dann würde die türkische Regierung selbst den Waffenstillstand kündigen, alle Waffenfähigen vom 20. bis zum 45. Jahre einberufen und eine innere Zwangs-anleihe aufnehmen, die je nach der Vermögenslage pro Person ein bis zehn türkische Pfund zu betragen hätte.

Von quinfornierter Seite wird Ihrem Berichterstatter mitgeteilt, daß die Einberufung der Pforte zum Zwecke zweifelhaft geworden ist. In der Armeesoll volle Einigkeit und das entscheidende Bestreben herrschen, keine Streitigkeiten aufkommen zu lassen. Die Regierung hält die innere Lage für so weit gebessert, daß sie die Genjur auf militärische Nachrichten beschränkt.

## Eine neue Note der Balkan-Delegierten.

London, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Das angeländigte Weidwillefrühstück des Kowalowski hat um 1/2 Uhr stattgefunden. Im Anschluß daran fand eine Beratung der 20 Delegierten statt, die über vier Stunden dauerte. Ihr Ergebnis war die Abfassung einer neuen Note, die von allen Delegierten sofort unterschrieben wurde, deren Wortlaut aber bis zur Ueberreichung geheimgehalten wird. Kowalowski ist beauftragt, die Note Reschid Pascha zu überreichen. Der Tag der Ueberreichung ist noch nicht festgelegt, mein Gewährsmann sagt: „Wahrscheinlich morgen.“ Er ist jetzt der Ansicht, daß die Delegierten bis Ende der Woche London verlassen haben werden. Andere Delegierte sind jedoch anderer Meinung. Der allgemeine Eindruck der Beobachter ist — namentlich nach dieser Konferenz — daß die Delegierten über die vorzunehmende Handlungsmasse noch nicht untereinander einig und selbst im Unklaren sind. Eine Antwort der Pforte ist noch nicht eingetroffen.

Sofia, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht unserer Korrespondenten.) Die Nachricht, daß die Balkan-Unterhändler den Abbruch der Verhandlungen neuerdings beschloßen haben und in Erwartung eines neuerlichen Eingreifens der Großmächte ihre Zeit mit Dejeunerbesuchen, hat im Publikum unangenehm berührt. Man sagt sich, daß alles Darum das möglich sei und weder an der Haltung der Jungtürken noch der Großmächte viel ändern werde. Da die Kündigung des Waffenstillstandes schließlich doch unausbleiblich sei, bedeute jeder Tag Verögerung nur nutzlose Opfer.

## Serbische Zukunftsträume.

Das Königreich Serbien scheint seiner adriatischen Zukunft sehr sicher zu sein. Es legt auf eigene Künste Faust sich die neue Straße der langgestreckten und heilungsträchtigen Donau-Adriabahn fest, baut sie, allerdings vorläufig nur nach Aufschlüsselung, mitten durch das künftige Reich Albanien aus und referiert sich von allen Adriabänen, der ihm am besten zusagt: Durazzo. Jemanden dabei zu fragen, ist weiter nicht nötig. „Der Bau soll sogleich nach Friedensschluß in Angriff genommen werden“, decretiert man in Belgrad, und damit basta.

Allerdings, zu leugnen ist es ja nicht: Es gibt noch immer serbische Truppen in Durazzo, und die Stadt ist vorläufig trotz der Gewalt serbischer Gebiet. Aber schon die Truppe von morgen ist noch zu erobern, auch wenn das Spiel nur zwischen Serben und Albanen ginge. Den serbischen Abteilungen an der Adria haben albanesische Verbände den Rückweg abgeschnitten. Und außerdem wird endlich auch der Augenblick kommen, wo die Londoner Posthofstorken, auf deren grünem Tisch noch immer die Frage der albanesischen Grenzfestlegung ruht, diese serbischen Durazzoisten für überflüssig empfinden.

Oesterreich-Ungarn hat seine Bereitwilligkeit erklärt, dem serbischen Handel einen Ausweg nach der Adria zu gewähren, sei es über einen balnatischen Hafen, sei es über einen Platz an der albanesischen Küste hin. Diesen mit dem fernem serbischen Hinterland zu verbinden, wird sicherlich die Donau-Adriabahn gebaut werden. Wie ihre Trasse aber gehen wird, liegt nichts weniger als in serbischer Machtvollkommenheit allen.